

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Einzelheftlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,85 M.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Stich-Druck). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt, gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Schriftführer: Ami VII, Nr. 1772.

Nr. 78.

Berlin, Mittwoch, 2. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Vogelstrauchpolitik. — Deutschland in Zahlen. — Der größte Kampf im ganzen Land. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerkevereine-Zeit. — Verbände-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Vogelstrauchpolitik.

Im Anschluß an eine an die Staatsbehörden, Parlamente, Kommunalverwaltungen usw. gerichtete Denkschrift hat der neue Arbeitgeberverband für das Buchdruckergewerbe, jetzt eine weitere Schrift veröffentlicht: „Der Kampf um die Koalitionsfreiheit“. Es ist nicht unsere Absicht, heute auf den Inhalt dieser Schrift näher einzugehen. Dieselbe hat jedoch der „Kreuz-Zeitung“ Veranlassung zu einem Artikel gegeben, der wiederum die Kritik der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steinbrucker und verwandte Gewerbe, Organ des deutschen Buchdruckervereins“, d. h. der „tariftreuen“ Prinzipalvereinigung, herausgefordert hat. In ihrer letzten Nummer veröffentlicht nämlich die „Zeitschrift“ einen Aufsatz „Zur Klarstellung“, der verschiedene Punkte enthält, die nicht unwiderprochen bleiben dürfen.

Dunkelt wird da n. a. behauptet, daß der Vorwurf, der Organisationsvertrag zwischen Buchdruckerverein und Verband der Buchdrucker mache die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft zur ausschlaggebenden Macht im Gewerbe, beantwortet und widerlegt ist. Nun, wir sind der Meinung, daß von einer Widerlegung nicht die Rede sein kann und werden den Beweis dafür erbringen. Der Buchdruckerverein und an der Spitze dessen Vorsitzender, Herr Kommerzienrat Bärenstein, hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß den nicht zum Buchdrucker-Verbande gehörigen andersorganisierten Buchdruckern der Beitritt zur Tarifgemeinschaft verweigert wird, obgleich sie durchaus den Anforderungen des Tarifvertrages entsprechen. Das ist geschehen, obgleich Herr Bärenstein öffentlich erklärt hat, daß dem Beitritt dieser Organisationen zur Tarifgemeinschaft nichts im Wege stehe. Sowohl der zum christlichen Verbande gehörige Gutenbergsbund, als auch der zu unserem Verbande gehörige Gewerkeverein der graphischen Berufsleute steht noch außerhalb des Tarifs, obgleich verschiedentlich die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft beantragt worden ist. Vom „Gutenbergsbund“ verlangt man, daß er erst noch den Beweis für die Tariftreue erbringt; mit den zu den Gewerkevereinen gehörigen Buchdruckergehilfen macht man sich die Sache noch einfacher: Ihre Tariftreue kann nicht angezweifelt werden, so wird denn ein anderer Grund gesucht und einfach gesagt, daß mit ihnen ein Vertrag nicht abgeschlossen werden könne, weil es nur 300 Gehilfen seien, welche den Hirsch-Dunderschen Vereinen angeschlossen sind. Diese aber könnten keine Organisation bilden, die im Sinne des Vertrages bedeutend genug sei zu einem Vertragsabschluß.

Wohlgerügt, daß sagt nicht das Organ der Gehilfenorganisation, sondern die „Zeitschrift“, das Organ der Prinzipale um Bärenstein. Hier wird also mit einem Male die Zahl der in Betracht kommenden Gehilfen als ausschlaggebend hingestellt, ein Moment, von dem im Organisationsvertrage gar nicht die Rede ist. Abgesehen davon, ob die Zahl kleiner oder größer ist, kann ein ausreichender Grund für die Zurückweisung vom Vertrage darin

nicht erblickt werden. Wie kleinlich aber das ganze Verhalten ist, das jetzt gerade dieser Einwand.

Wenn es also nicht gerade ankommt, lediglich ein Privileg für den Buchdruckerverband zu schaffen, müßte ohne weiteres den zum Verbande der Deutschen Gewerkevereine gehörenden Buchdruckern der Beitritt in die Tarifgemeinschaft gestattet sein. Da dies nicht geschieht, da das Bärensteinsche Unternehmungsorgan selbst die Zurückweisung unserer Kollegen gutheißt, kann der weitere Vorwurf der „Kreuz-Zeitung“, daß der Buchdruckerverein, jetzt mit der Ausübung des Terrorismus“ beginnt, nur als durchaus berechtigt bezeichnet werden. Wenn er seine Hand dazu bietet, anerkannt tariftreue Buchdrucker vom Tarif auszuschließen, so ist die Erklärung, daß seine Absichten und Ziele dahin gehen, dem Gewerbe die Ruhe und den Frieden zu bewahren, einfach hinfällig. Was lediglich dadurch erreicht wird, das ist in der Tat der schroffste Terrorismus. Denn die bisher dem Buchdrucker-Verbande nicht angehörigen Gehilfen sollen, obgleich sie ihrer Stellung nach nicht hineinpaffen, in ihn hineingebürgert werden, lediglich um der Tarifgemeinschaft teilhaftig zu werden. Der Koalitionszwang tritt damit an die Stelle der Koalitionsfreiheit, und das ist nur möglich durch die Schwäche des Buchdruckervereins gegenüber dem Buchdrucker-Verbande.

Die Bärensteinsche Prinzipalvereinigung handelt damit ungerecht gegen die übrigen Buchdruckerorganisationen, gleichzeitig aber auch im höchsten Maße unflug, indem sie die öffentliche Meinung gegen die Tarifgemeinschaft einnimmt und dem Tarifgebanten neue Gegner schafft. Auch die Deutschen Gewerkevereine sind von jeher warme Freunde des Tarifs gewesen; dazu sind sie allein schon durch die Grundzüge ihrer Organisation gezwungen. Sie müssen daher auch verlangen, wo es gilt, den Tarifgebanten zu vermittellich, herbeizuführen zu werden. Wo dies nicht geschieht, wo man eine tariftreue Organisation, lediglich unter dem Vorwande, sie sei zu schwach, von der Tarifgemeinschaft ausschließt, da kann es sich nicht mehr um das Ideal handeln, wie es uns stets vorschwebt hat, sondern nur um eine Verzerrung desselben. Dagegen aber sind wir dann gezwungen, ganz energisch aufzutreten und im schlimmsten Falle die Öffentlichkeit zu Hilfe zu rufen.

Man kann und gewiß nicht den Vorwurf machen, daß wir mit der „Kreuz-Zeitung“ sympathisieren oder uns auch nur öfter in geistiger Uebereinstimmung befinden. Wenn aber das Blatt sagt, der Buchdruckerverein betreibe Vogelstrauchpolitik, indem er leugnet, daß der Organisationsvertrag die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft zur ausschlaggebenden Macht im Gewerbe mache“, so müssen wir in diesem Falle dem konfessionellen Blatte durchaus recht geben.

Deutschland in Zahlen.

V.)

Der wichtige frühere Abg. Alexander Meyer hat einmal das Wort geprägt: „Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Wert verfehlt!“ Die Zahl, die man zu trinken, um es seinen Wert erfüllen zu lassen, wird sehr erheblich zugenommen haben, obgleich die Zahl der Brauereien in der Abnahme begriffen ist. Die kleineren Brauereien verschwinden,

die an Ausdehnung noch immer zunehmenden größeren Brauereien aber vermehren ihre Bierzeugung demart von Jahr zu Jahr, daß die 5995 Brauereien im Jahre 1905 fast noch einmal soviel Bier herstellten als die 9708 Brauereien im Jahre 1886. Im letztgenannten Jahre wurden im Brauseugebiet Norddeutschlands 26 1/2 Millionen Hektoliter Bier hergestellt, während das Jahr 1905 eine Produktion von 46 1/2 Millionen Hektoliter brachte. In den 20 Jahren stieg die Produktion für den Kopf der Bevölkerung im Brauseugebiet von 74 auf 97 Liter. Das will immerhin etwas heißen, wenn man berücksichtigt, daß die mitgezählten Kinder gar kein Bier trinken und die Frauen sehr viel weniger als die Männer. Es muß also schon ein gehöriges Quantum dieses Getränkes auf den Kopf der trinkfesten Männer entfallen.

Im ganzen deutschen Vollerzeugungsbereich stieg die Produktion von 1886 bis 1905 von 45 Millionen Hektoliter auf 72 1/2 Millionen Hektoliter, also pro Kopf von 97 auf 120 Liter. Das meiste Bier wird in Bayern getrunken. Die Bayern brachten es schon im Jahre 1886 auf 240 Liter pro Kopf ihrer Bevölkerung, im Jahre 1899 sogar auf 292 Liter, dann aber verminderte sich der Verbrauch wieder etwas; immerhin aber betrug er im Jahre 1905 noch 274 Liter. Die Bärntemberger trinken viel Apfel- und Weinmost. Dennoch brachten sie es im Jahre 1905 auf einen Bierverbrauch von 173 Litern pro Kopf. Erheblich zugenommen hat der Bierverbrauch in Baden. Während er 1886 nur 81 Liter pro Kopf betrug, stieg er im Jahre 1905 auf 157 Liter. Auch in Elsas-Lothringen hat der Bierverbrauch stark zugenommen, nämlich von 46 Liter pro Kopf im Jahre 1886 auf 74 Liter im Jahre 1905.

Zur Herstellung von einem Hektoliter Bier wurden im Jahre 1886 durchschnittlich nebenanher verwendet 20,09 kg Getreide und Reis und 0,11 kg Malzgeräthstoffe. Im Jahre 1905 kamen auf einen Hektoliter Bier nur 17,74 kg Getreide und Reis, aber 0,16 kg Malzgeräthstoffe.

Jetzt kommt der Schnaps an die Reihe! Für die Branntweineingewinnung gab es 1906 68405 Brennereien. Den Hauptrohstoff für die Herstellung des Branntweins bildet bekanntlich die Kartoffel. Im Jahre 1906 wurden über 3 Mill. Tonnen Kartoffeln in Schnaps verwandelt. Andere Rohstoffe für die Herstellung von Branntwein bilden das Getreide und alle übrigen mehligten Stoffe, Melasse, Rüben und Rübenast, Brauererabfälle, Hefenbrühe, Kernobst und Kernobsttreber, Steinobst, Obst- und Traubenwein, Weinbein, Weintreber und sonstige Stoffe. In den 10 Jahren von 1896 bis 1906 wuchs die Menge des erzeugten Alkohols von 3100505 hl auf 4376695 hl. Die Statistik gibt hier keine Auskunft, wieviel Schnaps aus dem produzierten Alkohol hergestellt wird.

Erheblich nimmt die Verteilung von Schaumwein zu. Es gibt zwei Arten dieser Weine. Die eine Sorte „Champagner“ wird nur aus Fruchtweinen hergestellt, denen jeder Zusatz von Traubenwein fehlt. Im Jahre 1905 wurden hiervon 419385 Flaschen hergestellt, während das Jahr 1903 erst eine Produktion von 283491 Flaschen brachte. Die aus Trauben hergestellten Schaumweine erfuhren ebenfalls eine erhebliche Vermehrung in der Zahl der Flaschen. Von 10 1/2 Millionen Flaschen im Jahre 1903 ging es auf 12 1/2 Millionen Flaschen im Jahre 1905 hinauf.

Für die Ernährung der Bevölkerung wertvoller ist die Produktion von Zucker. Die Zahl der Fabriken, welche Rüben in Zucker verwandeln, ging von 401 im Jahre 1886 auf 576 im Jahre 1906 zurück. Die Menge der verarbeiteten Rüben aber wuchs in demselben Zeitraum von 8 1/2 auf 15 1/2 Mill. Tonnen. Im letztgenannten Jahre wurden 334 Doppelzentner Rüben auf 1 ha geerntet. Das Jahr vorher war ein sehr schlechtes Rübenjahr, denn es entfielen nur 242 Doppelzentner auf 1 ha. Die Menge des

*) Nummern 64, 65, 71, 76 des „Gewerkevereins“.

gewonnenen Rohzuckers überhaupt stieg in den 20 Jahren von 965 028 t auf 2 314 779 t. Zur Herstellung von 1 kg Rohzucker waren durchschnittlich an Rohen erforderlich etwa 7 kg. Je nach dem Zuckergehalt differiert die Rohmenge zwischen 7,53 kg und 6,27 kg für 1 kg Zucker.

27 Fabriken betreiben die Herstellung von Stärkezucker. Ihre Produktion betrug 9172 t Stärkezucker in fester Form, 58275 t Stärkezucker-Sirup und 4299 t Zuckersirup. K. G.

□ Der größte Lump im ganzen Land . .

Vor kurzem durchlief die sozialdemokratische Presse die Behauptung, der Kollege Strohsfeld-Breslau habe den dortigen Polizeibehörde Mitteilung gemacht, daß in dem und dem Volale eine nicht angemeldete Versammlung sozialdemokratischer Vertrauensleute stattfinden. Kollege Strohsfeld hat inzwischen nachgewiesen, daß es sich hier um eine völlig aus den Fingern gesogene Behauptung handelte. Wir sind nun in der Lage, einen Fall nachweisen zu können, wo ein sozialdemokratischer Vertrauensmann den Denunzianten geplelt hat. Vor uns liegt folgendes Schriftstück:

Zg. B. 1. Nr. 5909.

Der Dreher Herr Hermann Spott, hier, hat in der Nacht vom 27. zum 28. August dieses Jahres ohne polizeiliche Erlaubnis an den in hiesiger Stadt aufgestellten Anschlagtafel Zettel angeklebt. Die Uebertretung wird bewiesen durch Mechaniker Gustav König. Es wird deshalb hiermit gegen Herrn Spott auf Grund der §§ 4 und 5 der Polizeiverordnung vom 22. März 1898 eine bei hiesiger Kammerrolle zu erledigende Geldstrafe von einer Mark . . . Pf., an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von einem Tage tritt, verhängt.

Merseburg, den 29. August 1907.

Die Polizei-Vermaltung.

Dieses Schriftstück ist auf folgendem Wege entstanden: Bei der Agitation zur Gewerbevereinswahl in Merseburg lebte eine Anzahl Gewerbevereinskollegen nach an den Plakatstelen, Schenkenotoren usw. in Merseburg Plakate an mit der Aufforderung, die Kandidaten der Gewerbevereine bei der morgigen Wahl zu wählen. Das hat im Dunkeln irgendwo ein sozialdemokratischer Vertrauensmann gesehen. Dieser edle Held, König ist sein Name, ließ drei Straßen entlang, um einen Schutzmann zu suchen, traf einen solchen und teilte dem nun amtlich mit, daß die Gewerbevereine so und so unrechtmäßig Plakate angeklebt hätten. Der Schutzmann mußte natürlich dieses „Verbrechen“ zur Kenntnis nehmen und zur Anzeige bringen. Die Folge waren drei Strafanträge gegen drei unserer dortigen Kollegen. Gines davon geben wir oben in genauer Abschrift wieder.

Hier braucht auch gar nicht untersucht zu werden, ob dieser Held die Denunziation tatsächlich gemacht hat. Dieser Vorfall bis jetzt nämlich die Schamlosigkeit, sich direkt noch selbst als Zeugen anzugeben und setzt uns nun in den Stand, an Hand amtlicher Schriftstücke den Beweis zu führen, daß er der Denunziant ist. Wir brauchen dem keinen weiteren Kommentar anzufügen. Die Sache spricht für sich selbst. Unsere Kollegen sollen es sich aber angelegen sein lassen, diesen Felden der breiten Öffentlichkeit vorzuführen.

Allgemeine Mundschau.

Dienstag, 1. Oktober 1907.

Die kleinen Gewerbevereine sind in der letzten Zeit wiederholt in der verschiedenartigsten Form an die Verbandsgenossen herantreten mit der Bitte, sie in der Agitation lebhafter als bisher zu unterstützen. Es besteht tatsächlich kein Zweifel, daß gerade die kleineren Vereine mit besonderen Schwierigkeiten in der Agitation zu kämpfen haben, da sie einmal in den Mitteln beschränkt sind, auf der anderen Seite aber auch häufig nicht die genügenden Kräfte zur Verfügung haben. Es ist daher dringend notwendig, daß namentlich in den Ortsverbänden darauf geachtet wird, daß, wenn irgendwo Berufsanghörige der kleineren Gewerbevereine vorhanden sind, die Adressen derselben dem betreffenden Generalrat zur Verfügung gestellt werden, damit er dann die weiteren Schritte zur Begründung eines Ortsvereins unternehmen kann. Auch dann wird selbstverständlich die Mithilfe der übrigen Verbandsgenossen nicht zu entbehren sein.

Wir müssen uns stets bewußt sein, daß eine Stärkung des Gesamtverbandes gleichzeitig belohnend und anregend auf die Agitation für die übrigen Gewerbevereine wirken muß. Deshalb erwarten wir mit Zuversicht, daß der Wunsch der kleineren Gewerbevereine Berücksichtigung findet und namentlich jetzt.

wo mit dem Einreten der kälteren Jahreszeit das Vereinstleben wieder frischer pulsiert, kein Mittel unversucht gelassen wird, um den Schwächsten in unserem Gesamtverbande neue Kräfte zuzuführen.

Der Bezirksverband der Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter von Berlin und der Provinz Brandenburg hat jetzt einen besonderen Beamten in der Person des Kollegen Oskar Muckrasch angestellt. Sein Bureau befindet sich in Berlin im Verbandsbureau, Weisengasse 221/223, Lungegebäude 2 Treppen. Die Sprechstunden sind von 9-1 Uhr und von 3-6 Uhr. Während dieser Zeit ist Kollege Muckrasch in allen Vereins- und beruflichen Angelegenheiten zu sprechen und steht auch sonst den Kollegen mit Rat und Tat zur Verfügung.

Schulz-Dehlig's Reden und Schriften. Durch einen Beschluß des 48. Genossenschaftstages des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulz-Dehlig) zu Leipzig ist die Mittel zur Verfügung gestellt, um die Reden und Schriften Schulz-Dehlig's sowie eine Biographie herauszugeben. Die Aktion liegt in den Händen des Herrn Direktor F. Thormann-Frankfurt a. M., zu dem ein Mitarbeiter außer dem Anwalt des Allgemeinen Verbandes, Dr. Grüger, gehören: Professor Dr. Stein-Frankfurt a. M., Professor Kämpel-Frankfurt a. M., Dr. Fritz Sauer-Weisbaden und Dr. E. Venuhoff-Frankfurt a. M.

Das Werk ist groß angelegt und wird nicht nur die volkswirtschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit, sondern auch die politische Wirksamkeit Schulz-Dehlig's behandeln. Bei der Stellung, die Schulz-Dehlig im politischen Leben eingenommen hat, und bei der großen Rolle, die er in den Bestrebungen um die politische Freiheit und um die Einigung unseres Vaterlandes gespielt hat, darf man wohl erwarten, daß das Werk eine Bereicherung der Literatur nicht nur des Genossenschaftswesens, sondern auch unserer vaterländischen Geschichte sein wird.

Ein Teil des Werkes wird jedenfalls bis zu dem nächsten Jahre stattfinden. Der hundertste Wiederkehr des Geburtsages Schulz-Dehlig's vollendet sein. Abgeschlossen wird das Werk ten bis zum Jahre 1909, in dem der Allgemeine Deutsche Genossenschaftsverband das 50jährige Jubiläum seines Bestehens feiert. Alle, welche die Arbeit Schulz's auf dem einen oder dem anderen Gebiete zu würdigen wissen und die sich im Besitze von Schriften, Abdrucken von Reden, Briefen oder sonstigen Aufzeichnungen von Schulz und an ihn oder von Mitteilungen über ihn und seine Wirksamkeit befinden, werden gebeten, hierüber dem „Ausschuss zur Ausgabe der Schriften und Reden Schulz-Dehlig's“ zu Händen des Herrn Direktor F. Thormann, Weisengasse 44 in Frankfurt a. M. Kenntnis zu geben und sie diesem — wenn auch nur leihweise — zuzuführen.

Arbeiterbewegung. In der Eisenindustrie von Center in Berlin behand seit langer Zeit ein Streik der Kernmacher. Derselbe ist jetzt fast beendet erklärt worden, ohne daß die Arbeiter etwas erreicht haben. — Wegen Einreichung von Lohnforderungen sind in Dettweiler i. E. S. die Arbeiter in den Schuhwarenfabriken ausgepickert worden. — Die Eisenarbeiter und -arbeiterinnen in Berlin bündeln sich in einer Tarifbewegung. Die vor dem Gewerbegericht gepflogenen Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, so daß die beteiligten Arbeiter entgegen dem Vorschlag der Organisationsleitung beschlossen haben, sofort die Arbeit niederzulegen. — Wegen Entlassung eines Vertrauensmannes sind in der Glimmerfabrik von Jaroslaw in Weisensee bei Berlin Differenzen entstanden, die in einer Abteilung zur Arbeitsniederlegung führten. Darauf wurde seitens der Firma der gesamte Betrieb geschlossen. — Zwischen den Arbeitgebern der Gold- und Silberindustrie in Nürnberg, Roth, Weisenburg und Treuchtlingen einerseits und dem Gewerbeverein der Textilarbeiter sowie dem Verband der Textilarbeiter andererseits, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Der Arbeiter die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 57 Stunden, eine Lohnausbesserung, Zuschlag für Überstunden und die Einführung von Arbeiterausschüssen gewährleistet. Der Tarif läuft bis zum 1. April 1910. — 230 Arbeiter der Maschinenfabrik Preuss & Co. in Leipzig sind in den Streik getreten, weil die Forderung auf Festsetzung eines Mindestlohnes von 36 Pf. pro Stunde und eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 pCt. von der Firma rundweg abgelehnt wurde. In der hiesigen Gasanstalt von Lemberg (Galizien) sind die Gasarbeiter und Lampenanzünder in den Ausstand getreten.

Ein Oberabs für Schatzmacher scheint die amerikanische Republik Mexiko zu sein. Wie wir der „Deutschen Tages-Zeitung“ entnehmen, hat die mexikanische Regierung infolge der zahlreichen Ausstände von Fabrikarbeitern und Eisenbahngestellten

beschlossen, gegen Arbeiterführer und Agitatoren, die aus geringfügigen Anlässen Ausstände verursachen, energisch vorzugehen. Falls nach einer Untersuchung die Behörde zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Aufforderung zum Streik nur als Vorwand diene, um über die Arbeitgeber ein Uebergewicht zu erlangen, sollen die Ausständigen und ihre Führer auf entlegene Inseln des Stillen Ozeans, 100 Meilen von der Küste, entfernt verbannt werden, die jetzt als Strafolonie für gefährliche Verbrecher dienen.

Wir müssen dem genannten Blatte die Verantwortung für diese Mitteilung überlassen. Unmöglich sind solche Gehege ja nicht. Wenn die „Deutsche Tages-Zeitung“ solche Mitteilungen bringt, so liegt darin immer der Wunsch, daß ähnliche Verhältnisse auch bei uns Platz greifen könnten. Nun, soweit sich wir ja glücklicherweise nicht, daß Arbeiterführer, und nicht, die nichts als Verbrecher behandelt werden! Soweit wird es hoffentlich auch nicht kommen, so sehr sich auch die „Deutsche Tages-Zeitung“ und ihr Anhang vielleicht danach seht.

Die Einführung der Streiklausel für die Textilindustrie, die Konfektion und den Schuhhandel ist das rechte Verdienst, das die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin sich erworben hat. Im „Deutschen Reichsanzeiger“ wird nämlich eine „ständige Vereinbarung“ veröffentlicht über das gegenseitige Verhalten bei Versetzungen und Abnahme der Waren im Falle von Streiks, Ausperrungen und Betriebsstörungen überhaupt. Länger als 11 Jahre haben die Verhandlungen der Vertreter der beteiligten Kreise gedauert, bis es jetzt gelungen ist, jene ständige Vereinbarung zur Durchführung zu bringen. Die wesentliche Bestimmung des Vertrages besteht darin, daß bei einer Störung des Betriebes, zu welcher also auch der Streik bezw. die Ausperrung gerechnet wird, eine Hinanspruchung des Lieferungs- bezw. Abnahmetermins gewährt wird. Allerdings wird auch nach Ablauf einer bestimmten Frist ein Rücktrittsrecht von dem eingegangenen Vertrage gestattet. Zu erwähnen ist auch, daß ein sachmännisch zusammengesetztes Schiedsgericht gebildet worden ist, das zur Entscheidung über die aus Anlaß der Störung des Betriebes entstehenden Streitigkeiten berufen ist. Diese Abmachungen zeigen, daß der Arbeitsschutz gegenüber der Arbeitgeber aller Kategorien völlig einig vorgehen. Hoffentlich tragen diese Tatsachen aber auch dazu bei, daß die Arbeiter andererseits ebenfalls auf leiseren Zusammenhänge bedacht sind, daß vor allen Dingen die verdrängten Kämpfe zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen aufgehoben. Nur eine geschlossene Arbeiterkraft ist imstande, ihre Interessen dem geschlossenen Unternehmertum gegenüber genützlich zu wahren.

Der Wahrsatz des sozial-nationalen Arbeiterausschusses hat auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ auf den Plan gebracht. Das Blatt läßt zunächst keinen Zweifel darüber, daß ihm das Reichstagswahlrecht viel zu demokratisch und daß es für eine Uebertragung des Wahlrechtes auf die Einzelhandlanger nicht zu haben ist. Dagegen hat die „Arbeiterzeitung“ nichts dagegen einzuwenden, daß sich eine parlamentarische Arbeiterfraktion bildet, die natürlich keine sozialdemokratische sein darf. Ja, sie ist der Meinung, daß eine solche Arbeiterfraktion segensreich wirken kann, weil dann die Arbeiterfrage nicht mit allerhand parteipolitischen Angelegenheiten vermischt wird, was nur zu leicht zur Unklarheit und Unsicherheit des Urteils über die Bedeutung und die Tragweite sozialpolitischer Maßnahmen führen könne. Dann aber fährt das Blatt fort:

„Während, einen Vorschlag müssen wir hierbei machen. Gelingt es den sozial-nationalen Arbeitern, sich mit Hilfe der übrigen Erwerbskräfte einen einigermaßen befriedigenden Besitzstand im preussischen Abgeordnetenhaus zu sichern, dann müssen ihre Führer auch darauf verzichten, wieder die fundamentale Sturz zu laufen, auf denen die Eigenart der preussischen Volkvertretung beruht. Ihr ewiger Wahlsieg liefert ja den besten Beweis dafür, daß das von unten wie Raumann und anderen Volkspartnern für die Arbeitssache in Grund und Boden hinein verurteilte preussische Wahlverfahren trotz allem und allem seine recht annehmbaren Seiten auch für die angeblich benachteiligten Elemente der Bevölkerung, d. h. also für die wirtschaftlich Schwächeren, für die Lohnarbeiter, hat. Damit soll natürlich keineswegs widerrufen werden, was wir eben hinsichtlich der Verbesserungsfähigkeit des derzeit gültigen preussischen Wahlverfahrens in formeller Hinsicht sagten. Aber an den leitenden Gesichtspunkten, auf die dieses Verfahren sich gründet, darf nicht gerührt werden: anberaumt würden wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sein, an die Folgerichtigkeit des Denkens derer zu glauben, die die Sozialdemokratie zu bekämpfen suchen, während sie ihr gleichzeitig die Tore zum Einzug in den preussischen Landtag öffnen wollen.“

Wir denken Worten sagt also die „Arbeiterzeitung“, daß die von ihr beliebte Arbeiterpartei auf eine Verbesserung des Landtagswahlrechtes verzichten

müsse, weil ja auch unter dem bestehenden Wohl-
system Arbeiter in den Landtag kommen können.
Das ihre Zahl aber so gering bleiben muß, daß von
einem nennenswerten Einfluß nicht die Rede sein
kann, weiß das Unternehmervorgang. Deswegen hat
es auch nichts gegen die Arbeiteraktion, weil sie ja
keinen Schaden anrichten kann. Ganz falsch! Das
sozialpolitische Mäntelchen, das sich das Blatt hier
umhängt, ist aber doch zu fadenförmig, als daß nicht
der Schatzmacher doch darunter zu erkennen wäre.

Die neugegründete Organisation der Steiger
ist den Grubenbesitzern ein Dorn im Auge. Der
Gedanke, daß auch diese Kategorie von Leuten, die
eine v. r. Mittelstellung zwischen Arbeitern und Unter-
nehmern einnehmen, sich zusammengefaßt haben,
um ihre Interessen zu vertreten, will noch immer nicht
in ihre Köpfe hinein. Kürzlich ist es vorgekommen,
daß die Besse-Jollera im Ruhrrevier einem Steiger
lediglich deswegen gekündigt hat, weil er für den
Steigerverband eintrat. Infolgedessen hat der Vor-
sitzende dieses Verbandes dem Bergbauverein einen
Brief geschrieben, in dem er um Zurücknahme jener
Maßregel ersuchte. Er begründete sein Gesuch u. a.
auch mit folgenden vernünftigen Ausführungen:

„Sie nehmen ja selbst das Recht in Anspruch, sich zu-
sammenzuschließen und Ihre Interessen geschlossen zu ver-
treten. Sie kennen aber auch die Schwere des Steiger-
berufs und seine Gefährlichkeit und seine Verantwortung.
Warum soll uns das Recht, unsere Interessen zu ver-
treten, verweigert werden? Ich bitte Sie, nicht nur die
Streifen hervorzuheben, die Sie in unserer nationalen
Kerntruppe gewesen, der stets seinen Pflichten
gegen Bergbau und Staat nachgegangen ist. Wird ihm
heute sein Recht, sich zu vereinigen und gegen Verschlechte-
rungen im Beruf zu wehren, freigegeben, und zwar
auf die brutale Art und Weise, die sonst gegen wisse
Führer und Schreier unter Arbeitern angewendet wird, so
wird von Ihnen der Steigerhand mit diesen Seiten auf
gleiche Stufe gestellt und eine weitgehende Erbitterung
hervorgeufen und die Parole zur wütenden Gewerkschaft
ausgegeben. Hat es nun für Sie und auch für uns Zweck,
einen solchen Kampf zu führen?“

Jedoch der Bergbauverein scheint für derartige
Anschauungen kein Verständnis zu haben, denn er
hat darauf grantwortet, daß die neue Organisation
nicht geeignet sei, die wahren Interessen der Steiger
zu vertreten. Im übrigen habe er weder das Recht,
noch die Macht, auf die Besse irgend einen Zwang
auszuüben. Es ist allerdings richtig, daß ein formelles
Recht dazu nicht vorhanden ist. Um so größer aber
ist das menschliche Gefühl, den der Bergbauverein
auf seine Mitglieder, also auch auf die Besse-
Jollera bezieht. Seine Antwort ist also nur eine
faule Ausrede, die aus der Gegnerschaft gegen die
Organisationsbestrebungen der Steiger entsprungen ist.

Dumm geboren und nichts zugerlehrt. Trotz
aller Bildungseinrichtungen hopert es bezüglich der
Kenntnis der geschichtlichen Tatsachen bei den „Jel-
bewußten“ Redakteuren gehörig. Die Klagen, die
man in letzter Zeit häufig vernommen konnte, daß es
kaum noch möglich sei, für die sozialdemokratische
Propaganda einen halbwegs geschickten Redakteur zu
finden, sind wirklich berechtigt. Vor uns liegt die
Nr. 221 der in Augsburg erscheinenden sozialdemo-
kratischen „Schwäbischen Volkzeitung“. Das Blatt
hat jetzt eine „angenehme Neuerung“ eingeführt: im
Gestalt von kleinen Illustrationen mit begleitendem
und erläuterndem Text. Eine Probe von diesem
Anschauungsunterricht bringt die erwähnte Nummer,
in der die Arbeiterorganisationen Deutschlands bild-
lich dargestellt werden. Vergleicht man nun die dort
angegebenen Zahlen, die nebenbei gesagt falsch sind,
mit den dazu gelieferten Bildern, so merkt man auf
den ersten Blick, daß die Bilder nicht stimmen, daß
sie zuunehmen der „freien“ Gewerkschaften gefälscht
sind. Aber derartige kleine Unstimmigkeiten ist man
auf jener Seite schon gewöhnt. Darüber verliert man
kaum noch ein Wort. Näher eingegangen werden
muß aber auf den „erläuternden Text“. Da heißt es
nämlich:

„In Deutschland entstand erst 1865 der erste Gewer-
verein und zwar der Verein der Labdarbeiter, dem im
nächsten Jahr die Buchdrucker folgten. Jetzt schlossen sich
in rascher Folge die übrigen Berufsarten an, eine Bewegung,
die von der jungen sozialistischen Partei benutzt wurde.
Als 1878 die Sozialistische Partei gegründet wurde,
Organisierte sie eine Reihe von Gewerkschaften, die
eine mit rund 58 000 Mitgliedern. Um mit einem
Schlage die Erbschaft der Arbeiterbewegung
anzuerben und dieser das so mühsam Er-
rungene zu nehmen schritten die Frei-
sinnigen, Hirsch und Dandner im gleichen
Jahre zur Bildung neuer auf nationalem
Boden stehender Gewerkschaften, die sich rasch
vervielfachten und 1893 bereits 1550 Vereine mit rund 60 000
Mitgliedern zählten. Aber auch die alten freien Vereine
traten schon seit 1880 auf neue ins Leben, indem sie sich
den neuen Gesetzen anpaßten, die u. a. unpolitische Satzungen
wurden, die ihren Angehörigen in jeder Art und Schuß
juteil werden ließen. Ihre Zahl ist bis jetzt nach der Auf-
hebung des Sozialistengesetzes ganz gewaltig angewachsen
und sie vereinigen von allen Gewerkschaften den
Hauptanteil. Den Hirsch-Dandnerischen Vereinen sind

wegen ihrer stark freisinnigen Tendenz
politische Gegner in den öffentlichen Ge-
werkschaften erwachsen, die sich ebenfalls rasch
vermehrt haben und die unter dem Einfluß des Zentrums
wohl noch weiter anwachsen werden.“

Wir haben diese Sätze mehrere Male gelesen.
Denn eine derartige Unkenntnis über die Vorgänge
in der deutschen Arbeiterbewegung haben wir bei
einem sozialdemokratischen Redakteur denn doch nicht
vorausgesetzt. Man sieht, selbst von den Gegnern
werden jene Herren noch immer zu hoch eingeschätzt.
1878 haben also nach der „Schwäb. Volkzeitg.“ Hirsch
und Dandner die Gewerkschaften gegründet. Der das
geschriebene hat, sollte sich wirklich das Schulgeld
wiedergeben lassen und sich dafür einige unterer
Broschüren kaufen, um seinem bedenklichen Wissens-
mangel aufzuhelfen. Daß ein solcher Ignorant aber
Redakteur einer Tageszeitung werden konnte, ist
geradezu unerklärlich. Da weiß man wirklich nicht,
worüber man sich mehr wundern soll, über die Un-
fähigkeit dieser Schreiberleute oder — na jaagen wir
mal — Leichtgläubigkeit der Leser jenes Blattes.

Der gesetzliche Arbeitszwang ist durch Beschluß
des Senats und der Bürgerschaft für das Staats-
gebiet Hamburg eingeführt worden und soll mit
dem 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten.
Nach den Bestimmungen des diesbezüglichen Gesetzes
kann, wer selbst oder in der Person seiner Ange-
hörigen aus öffentlichen Armenmitteln unter-
stützt wird, soweit dieses zur Befreiung oder Ver-
minderung der bestehenden Hilfsbedürftigkeit erforder-
lich ist, durch Beschluß der Kommission für das
Armenarbeitswesen zur Verrichtung einer seinen
Kräften angemessenen Arbeit angehalten werden.
Weigert sich der Unterstützte, die ihm von der Kom-
mission überwiesene Arbeit zu verrichten, so kann der
Beschluß der Kommission durch Anwendung un-
mittelbaren Zwanges vollstreckt werden. Zu
diesem Zwecke kann der Unterstützte auch gegen
seinen Willen in einer Armenarbeitsanstalt
untergebracht werden.

Die französischen Sozialisten müssen wohl von
anderer Art sein als die deutschen „Genossen“. Der
aus der Sozialdemokratie hervorgegangene französische
Unterrichtsmihr Briand hat im sozialistischen
Verein seines Wahlbezirks eine Rede gehalten, die in
männlicher Hinsicht interessant ist. Briand wies
darauf hin, daß gerade jetzt eine Mitarbeit der Sozial-
isten eine unerlässliche Bedingung des politischen,
wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sei. Die
französische sozialistische Partei müsse, ohne sich von
den anderen Republikanern zu trennen, ihre Be-
mühungen dahin richten, ihr Ideal zur Geltung zu
bringen. Man dürfe nicht Sozialismus und
Revolution miteinander verwechseln. Den
Reaktionären erwiderte er, daß die Sozialisten jeder-
zeit bereit seien, Frankreich zu verteidigen,
und daß es ein Verbrechen wäre, sich von diesem
abzuwenden, wenn es bedroht sei. Der Heroismus
sei keine Lehre der Sozialisten, sondern der
Anarchisten; ihr widerlegen sich die schärfsten So-
zialisten. Die deutschen Sozialisten hätten jemand,
der für die Ideen Herzes eintrat, aus der Partei
ausgeschlossen. Nicht der Frage des Patriotismus
würden es die Fragen des Parlamentarismus und
des allgemeinen Wahlrechts sein, mit denen sich die
gereinigten Sozialisten gegenüber dem Einbringen der
Anarchisten zu beschäftigen hätten. Briand sagte
weiter, daß die Arbeiterklasse von gewalt-
samen Bewegungen nichts zu erwarten habe.
Sie könnten im Gegenteil Anlaß zu rea-
ktionären Schritten werden.

Bemerkenswert ist, daß diese Rede mit allge-
meinem Beifall aufgenommen wurde. Auch in der
deutschen Sozialdemokratie gibt es zweifellos Leute,
die so denken wie Herr Briand, sie dürfen nur nicht
so sprechen. Denn in der deutschen Sozialdemokratie
darf eben nicht jeder eine eigene Meinung haben.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe
Berlin, veranstaltet am Mittwoch, den 2. Oktober,
7 1/2 Uhr abends, im Bürgerklub des Rathauses eine
öffentliche Versammlung, in welcher Herr Geheimrat
Professor W. Förster über den Rückwärtiger
Friedenslangreber berichten wird. Der Eintritt ist
frei, Gäste sind willkommen. Den Verbandsgenossen
und Genossen in Berlin und Umgegend kann der
Besuch dieser Versammlung nur warm empfohlen
werden.

Gewerkschaften-Teil.

§ Köln. Am Sonntag, 22. September, tagte hier
eine kombinierte Ausschussung der Ortsvereine Köln I
und II und Duisburg des Gewerkschafts der Bildhauer
und verwandter Berufe. Ihr Zweck war, in gemeinschaft-
licher Aussprache über Mittel und Wege zu beraten, wie
nämlich hier im Westen Deutschlands zu fördern sei.
Es gab hier im Westen Deutschlands, in erster Linie
an die Ortsverbände von Rheinland und Westfalen zu
wenden um Mitteilung über die dortigen Verhältnisse in

unserem Berufe und ob nicht schon einige Kollegen dort
vorhanden sind, welche für uns leicht zu gewinnen sind.
Wenn die Ortsverbände ausfindig in dieser Weise entgegen-
kommen zeigen und die kleine Winterarbeit für den Ge-
werkschaften durchführen, so daß wir neue Ortsvereine gründen
sönnten, würde nicht nur unserem Gewerkschaften, sondern
der Gesamtgewerkschaftsbewegung ein großer Dienst er-
wiesen werden. Denn durch die Gründung neuer Orts-
vereine wird auch den schon bestehenden Ortsvereinen das
Arbeitsfeld erweitert werden. Überhaupt die Agitation ganz
erheblich erleichtert werden. Zur Durchführung des Be-
schlusses wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen
Paul Horn, Duisburg, Steinstr. 15; Anton
Antweiler, Köln, in der Nähe 17 und Augustin
Höck, Köln, Eisenstr. 52, gewählt.
A. H.

§ Sommerfeld. Der „Proletarier“, das Organ des
Verbandes der Arbeiter, Land- und Hausarbeiter, beschäftigt
sich in seiner Nr. 89 vom 28. September noch einmal mit
der Lohnbewegung der hiesigen Regalarbeiter. Es würde
hier davon seine Kollie genommen werden, wenn das Blatt
nicht auch hier wieder in gewohnter Weise die Blühtheit
umgeben würde. In einer am 8. September in R. u.
d. a. stattgehabten öffentlichen Versammlung war dem
Schreiber jener Berichte Gelegenheit geboten, für seine Be-
hauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Aber ob-
gleich die Mitglieder genannten Verbandes jetzt gerade
davon in Kenntnis gesetzt wurden und für diese Versam-
lung selbst agitierten, war am Tage der Versammlung doch
niemand erschienen. Sagte man sich vielleicht, daß es nicht
möglich war, den Wahrheitsbeweis zu erbringen oder hatte
ein leiser Wind oder Pöbel die „Arten“ von dieser Ver-
sammlung ferngehalten? Aber trotzdem man so sagte war,
in der Versammlung zu erscheinen und für seine verdammt-
berühmten Behauptungen gerade zu stehen, werden weitere
bedeutende Umänderungen durch den „Proletarier“ in die
Öffentlichkeit getragen. Daß man da nicht annehmen
kann, daß Herr Bismarck seiner Organisation nicht wahrheits-
gemäß berichtet hat? Der Sachverhalt von jener Seite
gegenüber sei Satz der Sachverhalte geschilbert: Nachdem
der Kampf mit 148 gegen 1 Stimme beschloffen war, ver-
ließ Herr B. das Kampffeld und erklärte unserem
Kollegen Lange, was dieser macht, gelte für beide. Die
Kirma Oros war nun, noch ehe die Arbeit niedergestellt
wurde, zu Verhandlungen bereit, und es war dem Kollegen
Lange mit der Bürgergruppen Kommission möglich,
die vollen Forderungen zur Anerkennung zu bringen.
Diese Forderungen sind auch eingehalten worden.
Nicht so entgegenkommend waren die anderen Firmen.
Dennoch wurde es auch hier möglich, nachdem die Arbeit
vier Tage gerast hatte, Verhandlungen anzuknüpfen. Herr
Bismarck war bereits nach Sommerfeld zurückgekehrt. Als
bei diesen Verhandlungen zuerst und mit den Zugeländ-
nissen zufrieden, während unser Kollege Lange erst nach
langem Zögern seine Zustimmung gab. Ist Ihnen, Herr
Bismarck, von diesen Vorfällen nichts mehr bekannt?
Sagen Sie nicht, mit welcher Enttäuschung Ihnen Ihre
eigene Kolgen bei der Abstimmung entgegentraten, als
der Streik ausgeschrieben wurde, wegen Ihres eigenartigen
Verhaltens? Der Herr rechnete nämlich folgender-
maßen: Von den 148 beteiligten Arbeitern waren 125 an-
wesend; für 23 Streikstreifen wurde Zw.-dreißelmehrheit ver-
langt. 83 stimmten für Beilegung, 31 für Arbeiter,
8 Stimmen waren unglücklich. Danach hätte also weiter-
gestreikt werden müssen. Herr Bismarck aber erklärte:
Ich war, wie ich schon die nicht anwesenden mit zu denen,
die für Arbeiten gestimmt haben. Damit war die Zwei-
dreißelmehrheit für den Streik natürlich nicht erreicht und
der Kampf wurde für aufgehoben erklärt. Nach ehe die
Versammelten recht erkannten, was hier geschah, hatte
Herr Bismarck bereits den Flag verlassen. Ich sage noch
Ihr Wohlgefallen über zur Zeit der Berliner Elektrizitäts-
Ausstellung, nachdem die Arbeiter 14 Tage ausgeprobt
waren? Die Arbeiter werden die Bedingungen der Unter-
nehmer schon annehmen; der Hunger wird sich schon ge-
fühliger gemacht haben.“ Diefem „Arbeitsführer“ verdient
Herr Bismarck würdig zur Seite gestellt zu werden. O. J.

§ Zettin. In der am 22. September abgehaltenen
außerordentlichen Ortsverband-Versammlung hielt der
Kollege Wolf ein Referat über das preussische Einkommen-
steuergesetz, dessen Nachteile für die Arbeiterklasse er den
Anwesenden drastisch vor Augen führte. Er schilderte, wie
dieses Gesetz in einzelnen Bestimmungen eine ungeheure
Belastung des Arbeiters mit sich bringt, die um so schwerer
erwogen werden muß, als die Preise für Lebensmittel
ungehört in die Höhe gegangen sind. Der Vortrag fand
lebhaften Beifall und führte zur einstimmigen Annahme
einer Resolution, in welcher der gewaltsame Ausschlag
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften ersucht wird,
um eine Abänderung des preussischen Einkommensteu-
ergesetzes zu petitionieren, zu diesem Zwecke Petitionskisten
in der abtenden Bevölkerung zu ordnen und den
Kollegen Wolf zu ersuchen, diese Petition dem Parlament
als Beweis für die Unbilligkeit der jetzigen Einkommen-
steuerfrage zu unterbreiten. Es wurde beabsichtigt werden,
daß alle Einkommen unter 1500 M. steuerfrei bleiben und
für das Einkommen von 1500 M. der Satz von 6 M.
eintritt für jedes Kind unter 14 Jahren müssen 150 M.
vom Reineinkommen in Abrechnung gebracht werden dürfen,
ebenso die Beiträge zur Berufsorganisation.

Karl Müller, Ortsverbandsführer.

Verbands-Teil.

Francen-Begräbnisstätte des Verbandes.
Einleitung über eingelaufene Beiträge.

Monat Juli 1907.
Verbandsleiter: Königsberg Nr. 455, Siegmund
3,25, Weisburg 1,16, Barmen 4,16, Hofen 34,82, Fran-
kfurt-Postdam 2,84, Bildhauer: Berlin 7,41, Dresden
20,02, Landsberg 3,51, Eisenarbeiter und Landarbeiter:
Hagen 3,25, Bafelwald 9,49, Arbeiter- und Landarbeiter:
Berlin III 0,78, Brandenburg 10,44, Langendorf 1,82, Bernig
17,58, Damastr-Berlin 1,17, Francen und Wälschen
Döbeln 1,06, Kaufleute: Berlin II 14,79, Berlin III
4,17, Müller-Berlin 1,04, Brennde Berlin 2,24, Maschin-